



# DAS ROTE TUCH

## BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

### Widerstand gegen die Angriffe auf Rente, Pflege, Arbeitszeit!

8.000 Arbeitende der Krankenhäuser und Pflegeheime haben am 10. Juni voller Wut in Hannover gegen die Krankenkassen-Reform demonstriert. Im ganzen Land organisieren sie außerdem Proteste in ihren Betrieben.

Sie gehen bereits auf dem Zahnfleisch. Und nun will die Regierung noch einmal drastisch Personal kürzen. Allein in den Krankenhäusern sollen 5 Milliarden Euro eingespart werden. In den Pflegeheimen will die Regierung obendrein die Tarifbindung aufheben und damit erlauben, noch niedrigere Löhne zu zahlen.

Die Arbeitenden im Gesundheitswesen sind die ersten, die die Regierung mit ihrem „Sommer der Reformen“ ins Visier genommen hat. Doch am Ende soll es der gesamten Arbeiterklasse an den Kragen gehen.

Ein angekündigter Angriff ist widerlicher als der nächste: noch später in Rente; viel weniger Rente für alle, die Angehörige pflegen; Arbeitstage von bis zu 13 Stunden; keine schulische Begleitperson mehr für Kinder mit Behinderungen; Kita-Zeiten ohne ausgebildete Erzieherinnen; weniger Wohngeld... Fast jede Woche kommt die nächste Hiobsbotschaft, immer mit dem gleichen Argument: Die Kassen seien leer.

Die Regierung veranstaltet Gipfeltreffen mit den Unternehmerverbänden und Gewerkschaften, um uns das Gefühl zu vermitteln, dass alle – ob arm oder reich – „ihren Beitrag leisten“ müssten, damit wieder Geld in die Kassen kommt. Doch die Wahrheit ist: Die Arbeiterklasse soll als einzige bluten. Mehr noch. Der vermeintliche Kampf gegen die leeren Kassen ist hauptsächlich ein Vorwand, um den Kapitalisten zu ermöglichen, uns noch mehr auszupressen.

Wem nutzt es schließlich, wenn wir bis zu 13 Stunden arbeiten „dürfen“? Den Unternehmern.

Wem nutzt es, wenn Pflegeheime keine Tariflöhne mehr zahlen müssen? Den

Investment-Fonds, die die meisten Heime betreiben.

Wem nutzt es, wenn wir zusätzlich private Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungen abschließen müssen? Den Versicherungen und Banken.

Wem nutzt es, wenn die deutsche Regierung dutzende Milliarden Euro für ein völlig überteuertes (und teilweise nicht mal funktionierendes) Kampfflugzeug ausgibt und dafür Elterngeld und Bafög streicht? Den Rüstungskonzernen wie Rheinmetall, Airbus und Co.

Deshalb haben die Unternehmerverbände auch so nachdrücklich gefordert, dass die größten Angriffe so schnell wie möglich verabschiedet werden, am besten noch vor Ende der Sommerpause.

Lassen wir das nicht zu!

### Von wegen, es ist kein Geld da

Das Totschlag-Argument der Herrschenden für ihre Angriffe ist: „Die Kassen sind leer. Es ist kein Geld da.“ Kein Geld für würdige Renten. Kein Geld, wenn wir im Alter gepflegt werden müssen. Kein Geld, wenn wir krank sind. Kein Geld für die Bildung unserer Kinder. Da fragt man sich: Was taugt eine Gesellschaft, die reich ist, aber für die wichtigsten Dinge kein Geld hat?

Mit den heutigen technischen Möglichkeiten könnten ALLE Menschen unter würdigen Bedingungen leben und alt werden – sogar weltweit. Die Herrschenden beklagen sich sogar ständig, dass wir in vielen Bereichen eine weltweite Überproduktion hätten. Doch ihre kapitalistische Gesellschaft ist nicht so organisiert, dass Technik und Reichtum für das Wohlergehen der Menschen genutzt werden kann.

In ihr gehört all das einer winzigen Minderheit an Konzernbesitzern – und dient einzig dazu, sie immer reicher zu machen.

Sie ist in der Lage, einen Elon Musk zum ersten Billionär der Welt machen.

Das Ausmaß und die Geschwindigkeit ihrer Angriffe zeigt, dass auch wir nicht im üblichen Trott bleiben dürfen. Wir können nicht darauf warten, bis wir (wenn überhaupt) in der nächsten Tarifrunde dazu aufgerufen werden zu streiken – Tarifrunden, die in jeder Branche zu einem anderen Zeitpunkt stattfinden, zum Teil erst 2028.

In den nächsten Wochen finden in einer Reihe Städte Demonstrationen gegen die Angriffe der Herrschenden statt – organisiert von Gewerkschaftern aus verschiedenen Betrieben.

Die Demonstrationen sind eine Gelegenheit zu zeigen, dass wir uns nicht widerstandslos auspressen lassen. Und es kann ein Anlass sein, um im Betrieb, mit Freunden und Nachbarn darüber zu reden, wie es weitergehen kann.

Sie schafft es, dass die Zahl der „superreichen“ Kapitalisten in Deutschland in nur einem Jahr von 4.000 auf über 5.000 gestiegen ist. Aber würdige Arbeits- und Lebensbedingungen für diejenigen zu schaffen, die die Gesellschaft am Laufen halten, dazu ist dieses System unfähig.

Im Gegenteil, für ihre Profite muss die kapitalistische Klasse uns alle immer stärker auspressen. Und sie müssen ihren Konkurrenten immer aggressiver Märkte abjagen, notfalls mit Krieg. Dafür die gigantische Aufrüstung, die nun die letzten Mittel raubt, die noch in den Kassen waren – und die morgen alles in Schutt und Asche zu legen droht, was wir mit unserer Arbeit aufgebaut haben.

Deshalb ist für uns „kein Geld“ da. Und deshalb sind für die Herrschenden ihre heutigen Angriffe tatsächlich „alternativlos“. Doch eben deshalb ist es für uns Arbeitende alternativlos, uns gegen ihre Angriffe zu verteidigen – und uns zu überlegen, wie wir ihnen die Macht über die Wirtschaft aus der Hand nehmen können.

## Albanien: Von rosa Flamingos zum Kampf gegen ihr korruptes System

Das kleine Albanien im Süden Europas erhält hier selten Aufmerksamkeit. Doch eine wachsende Protestbewegung sorgt gerade dafür, dass sich dies ändert.

Seit Wochen schon demonstrieren mittlerweile täglich viele Tausende gegen den Bau eines riesigen Luxus-Hotelkomplexes, den der Schwiegersohn von Donald Trump hier mitten in einem Naturschutzgebiet bauen lässt: ein geschützter Ort, der ein wichtiger Lebensraum für viele Vogelarten ist, unter anderem für die Flamingos, die zum Symbol der Protestbewegung geworden sind.

Jedem ist klar, dass das „Familienunternehmen“ von Trump die Baugenehmigung nur durch Bestechung hoher Staatsbeamter bekommen hat. Auch im Nachbarland Serbien hatte es ein solches Projekt mit Bestechung

durchsetzen wollen, war aber an den Protesten der Bevölkerung gescheitert.

Doch der albanische Premierminister leugnet jede Korruption und unterstützt offen den Bau des Luxus-Komplexes für einige Reiche und für die Profite der Trump-Familie.

Daher haben sich die Proteste mittlerweile zu einer Bewegung gegen die Regierung entwickelt – und gegen das System aus Korruption und Machtwillkür von reichen Bossen und Politikern, das



das Leben der einfachen Bevölkerung tagtäglich vergiftet.

So sorgt der Immobilienhai und US-Präsident Trump nicht nur für Zerstörung auf der ganzen Welt, sondern trägt auch auf der ganzen Welt zu Protesten bei.

## Iran, Libanon: Trump gibt nach, doch der Schaden ist angerichtet

Trotz 30.000 Bomben, die die US-Luftwaffe auf den Iran abgeworfen haben, ist es Trump nicht gelungen, seinen Willen durchzusetzen. Auch die größte Weltmacht kann halt nicht alle anderen wie Schachfiguren lenken.

Nachdem er sich wochenlang gewunden hat, hat er schließlich die vom Iran verlangten Bedingungen akzeptiert. Um die Wiederöffnung der Straße von Hormus zu erreichen, hat Trump sich verpflichtet, die US-Sanktionen gegen den Iran aufzuheben, eingefrorene Gelder zurückzugeben und den Wiederaufbau finanziell zu unterstützen. Und er hat das Ende aller Angriffe auf den Iran und Libanon versprochen, allerdings ohne seinen

Partner Israel vorher zu fragen. So, wie es der US-Imperialismus gerne macht: Er entscheidet, seine Untergebenen sollen gehorchen.

Israels Premierminister Netanjahu seinerseits versucht, das Abkommen zu torpedieren. Er kann den Krieg im Libanon nicht so einfach beenden, ohne die Unterstützung der Rechtsextremen in seiner Regierung zu verlieren, die für ihn lebenswichtig ist. Umso mehr, da der seit Oktober 2023 geführte Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser diese rechtsextremen Gruppen extrem gestärkt hat. Die Lage ist daher so instabil, dass jedes Abkommen am Tag danach schon wieder Geschichte sein kann.

Der Krieg der USA hat damit nicht nur Millionen Menschen im Iran und Libanon Tod, Zerstörung, Vertreibung, explodierende Preise und Mangel gebracht. Er hat nicht nur das verhasste diktatorische Regime im Iran gefestigt, das seitdem noch brutaler gegen Kritiker und Streikende vorgeht. Er hat obendrein einen weiteren Dauerkonflikt im Nahen Osten mit Folgen für die ganze Welt geschaffen.

Dennoch: Der Misserfolg der USA hat auch allen Unterdrückten der Welt vor Augen geführt, dass selbst das mächtigste Land der Welt mit seinen hochmodernen Waffen nicht immer und einfach seinen Willen durchsetzen kann.

## Ukraine, Russland:

### Ihre Drohnen bedrohen bereits die Nachbarländer

In den letzten Wochen sind mehrfach Drohnen in Estland, Lettland, und Moldau abgestürzt und explodiert. Immer wieder gab es Drohnen-Alarm, teilweise blieben die Schulen geschlossen.

Erst vermutete man russische Angriffe, doch dann stellte sich heraus: Bei den Drohnen handelte es sich um ukrainische Drohnen. Es waren eben die berühmten ukrainischen Drohnen, mit denen die Ukraine immer mehr Fabriken, Treibstofflager und Wohnhäuser in Russland angreift und die deshalb von den Herrschenden in Deutschland quasi als Wunderwaffe gefeiert wurden, die der Ukraine den Sieg bringen könnten.

Doch einige dieser Drohnen konnte Russland rechtzeitig ablenken, sodass sie in Estland, Lettland und Moldau abgestürzt sind, wo sich die Menschen nun erneut voller Sorge fragen, wie schnell und wie sehr sie noch in diese endlose Kriegsspirale hineingezogen werden.

Es gibt keine Wunderwaffen, die einen Krieg abkürzen oder uns gar vor ihm schützen können. Wenn wir Frieden wollen, gibt es nur einen Weg: die Kriegstreiber auf allen Seiten stoppen.

## Eine Bomben-Aussicht

Mitte Juni war die wichtigste Autobahn im Ruhrgebiet, die A40, bei Mülheim 9 Tage lang in beide Richtungen gesperrt – mit allem, was dies für Hunderttausende an Stau und extrem längeren Arbeitswegen bedeutet.

Der Grund: Für eine größere Baustelle musste dort vorher der ganze Boden nach Bomben aus dem 2. Weltkrieg abgesucht werden. Die liegen noch immer überall unter der Erde und können bei Erschütterungen explodieren.

Die Hinterlassenschaften des 2. Weltkriegs von vor 80 Jahren sind noch immer nicht ganz beseitigt, da bereiten sich die Regierungen und Rüstungskonzerne bereits im Rekordtempo darauf vor, die nächsten Generationen auch hier wieder mit Bomben zu überziehen.

## Hitzewelle: Nicht nur die Temperaturen spinnen

Es ist erst Juni, und wir haben schon die zweite Hitzewelle. Sie ist vor allem für Arbeitende und Ärmere eine Katastrophe. Wir haben nicht die Möglichkeit, unsere Zeit durchweg in klimatisierten Orten zu verbringen.

Anstrengende Arbeitszeiten, in der Hitze stundenlang auf überfüllte Busse und Bahnen warten, schlecht isolierte Wohnungen, die Hitze wie Pizzaöfen abstrah-

len: Das ist das Los der einfachen Bevölkerung. Für ältere und kranke Menschen ist es besonders schlimm.

Trotz Hitzewelle wird auf Baustellen und in Fabriken „normal“ weitergearbeitet.

Auch in Büros und Geschäften sitzen viele 8 Stunden lang bei 35 oder 38 Grad fest. In Frankreich wurde ein 19-jähriger Dachdecker bei der Hitze auf

ein Dach geschickt und starb daran. Keine

Temperatur hält die Bosse auf. Die Profitmaschine

muss auf Hochtouren laufen. Und die Regierung

weigert sich, den Unternehmen

Beschränkungen aufzuerlegen.

Stattdessen gibt sie ihre Ratschläge des „gesunden Menschenverstands“ von sich: Wasser trinken, Fenster zuhalten und morgens lüften. Als ob wir das nicht selber wüssten!

Der Staat selber versagt schon bei den einfachsten Aufgaben. In vielen öffentlichen Einrichtungen, wie zum Beispiel Krankenhäusern und Schulen, scheint es unmöglich, auch nur (funktionierende) Rollläden anzubringen und ein paar Bäume im Innenhof zu pflanzen.

Die hemmungslose Ausbeutung der Natur in einer Gesellschaft, die nur auf Profit getrimmt ist, hat unseren Planeten in eine tickende Zeitbombe verwandelt. Und die Herrschenden zeigen sich vollkommen unfähig, sie zu entschärfen.

Die Arbeitenden selber müssen die Kontrolle über die Wirtschaft erlangen – in allen Belangen, ob klein oder groß.



### Folter im Augsburger Gefängnis: Ein Einzelfall?

In dem bayrischen Gefängnis bei Augsburg haben 13 Beamte des Sicherheitspersonals über Jahre systematisch Gefangene misshandelt und gefoltert – mit Unterstützung der Gefängnisleitung.

Sie haben Gefangene gezwungen, sich nackt auszuziehen und Kniebeugen vor ihnen zu machen. Sie haben sogar Kranke und Verletzte wahllos mit Fäusten oder Schlagstöcken verprügelt oder ihren Kopf gegen die Wand geschlagen. In Chats erklärten sie offen, dass sie die Betroffenen „zerstören“ wollten. Über die Jahre haben sie rund 100 Häftlinge in eine nackte Betonzelle gesteckt, mit einem Loch im Boden als Toilette. Und sie haben sie dort nackt und ohne Decke bis zu zwei Wochen drin gelassen!

All das geschah mit offener Zustimmung der Gefängnisleitung. Sogar 15- und

16jährige im benachbarten Jugendgefängnis wurden von diesen Beamten körperlich misshandelt und psychisch zerstört. Und AfD und Teile der CDU fordern, dass demnächst auch schon 12jährige in solche Jugendgefängnisse gesteckt werden... um sie zu „erziehen“.

Was in Augsburg passiert ist, macht deutlich, über wie viel willkürliche Macht die Beamten der Polizei, Gefängnisse und Armee verfügen. Heute nutzt nur eine Minderheit sie dermaßen aus.

Doch wie man sieht, ist der ganze Apparat so aufgebaut, dass er auf Anweisung von oben jederzeit systematisch Terror und Folter ausüben kann, wenn die Herrschenden sie brauchen, um Widerstand zu ersticken oder Kriege zu führen – genau wie in der Vergangenheit.

### Hier ist das Geld, das sonst überall fehlt!

Unfassbare 100 Milliarden Euro sollten die Rüstungskonzerne Airbus und Dassault von der deutschen, französischen und spanischen Regierung erhalten, um einen neuen Kampfjet zu entwickeln.

Die zu erwartenden Profite waren so gigantisch, dass die beiden Konzerne seit 9 Jahren darum gestritten haben, wer welche Arbeiten, Eigentums- und Patentrechte erhält – wobei Airbus von der deutschen und Dassault von der französischen Regierung unterstützt wurde. 3,2 Milliarden Euro öffentlicher Gelder haben sie während dieses Streits bereits kassiert und haben dann erklärt, dass das Projekt gescheitert sei.

Man könnte sich freuen: immerhin 97 Milliarden Euro gespart. Aber nein! Stattdessen lassen nun die deutsche und die französische Regierung jede ihren eigenen Kampfjet bauen.

So wirft nun jede Regierung ihren eigenen Konzernen unkontrolliert Milliarden für ein einziges, völlig überbeuertes Flugzeug in den Rachen. Airbus zusammen mit Diehl Defence, Hensoldt und Liebherr halten für den deutschen Auftrag bereits die Hände auf – während die Krankenhäuser schließen, Ältere keine Pflegestufe mehr erhalten und wir am besten bis zum Tod arbeiten sollen, weil kein Geld da ist.

### Uniklinik Essen: Proteste beenden Abtreibungsverbot

Der bisherige Leiter der Frauenklinik an der Essener Uniklinik hat sich seit 25 Jahren geweigert, Schwangerschaftsabbrüche vorzunehmen. Selbst nach Vergewaltigungen hat er den Frauen den Eingriff verweigert.

Der Klinikleiter hat sich damit gerechtfertigt, dass dies seine private „Gewissensentscheidung“ sei. Doch alle ihm untergebenen Ärztinnen und Ärzte mussten sich an seine Gewissensentscheidung halten. Der Klinikleiter hat für sie entschieden, dass niemand von ihnen Abtreibungen vornehmen darf.

Nachdem dieser Klinikdirektor nun in Rente geht, hatte der Vorstand des Essener Uniklinikums zunächst erklärt, auch die nächste Klinikleitung dürfe in dieser Frage wieder alleine entscheiden. Doch nach empörten öffentlichen Protesten ausgehend von Medizinstudierenden ist der Vorstand zurückgerudert und will nun endlich alle gesetzlich erlaubten Eingriffe ermöglichen.

## Sparkasse: Die Opfer werden zu Tätern gemacht

Am 7. Mai haben vor der Sparkasse in Gelsenkirchen Buer 500 Geschädigte demonstriert, deren Schließfächer bei dem Einbruch vor 5 Monaten ausgeraubt wurden. Seit Monaten bekommen sie von der Sparkasse keinerlei Informationen und erst recht keine Entschädigung für die gestohlenen Wertsachen.

Mehr noch: Weil viele von ihnen Migranten und aus Gelsenkirchen sind, werden sie von Behörden, Medien und der Sparkassen-Leitung wie Täter behandelt und nicht wie Opfer. Man unterstellt ihnen, der Inhalt der Schließfächer müsse ja aus „Schwarzarbeit und kriminellen Machenschaften“ stammen.

In Wahrheit hatten viele ihren traditionellen Hochzeitsschmuck oder Erbstücke in den Schließfächern. Andere hatten ihr Ersparnis wegen der Inflation in Gold angelegt, um davon neue Zähne, einen Umzug oder die Versorgung im Alter zu bezahlen. Nun ist alles weg. Empört hielt ein ehemaliger Bergmann ein Bild von sich unter Tage hoch: „40 Jahre Schwarzarbeit“.

Die Bankdirektoren der Sparkasse haben in dieser „Bank für Arme“ nur rudimentäre Sicherheitsmaßnahmen installiert. Und nun versuchen sie auf widerliche Weise, die Schuld auf ihre Opfer abzuwälzen.



## Löhne, Sicherheit: Nach unten gibt es keine Grenze

Wie oft haben wir in den letzten drei Jahren zu hören bekommen, dass die Betriebe in Deutschland nicht „wettbewerbsfähig“ wären? Es ist ihre Standard-Begründung für die Schließung von Betrieben und um Geschenke vom Staat und Verzicht von uns Arbeitenden zu verlangen.

Sie erzählen uns, dass Löhne, Energiekosten, Umwelt- und Sicherheitsauflagen in Amerika und Asien viel niedriger wären. Doch gleichzeitig verkündet Thyssenkrupp die Schließung einer Autoteile-Fabrik in den USA, Evonik die Schließung eines Betriebs in Costa Rica und BASF die Schließung einer Kunststoff-Fabrik in Südkorea. Alles ebenfalls mit der Begründung, dass diese Betriebe – in Amerika und Asien – „nicht wettbewerbsfähig“ seien.

Es ist ein weiterer Beweis dafür, dass „niedrigere Kosten“ unsere Arbeitsplätze nicht schützen. Die können wir nur durch einen Kampf gegen die Bosse verteidigen – und letztlich, indem wir Arbeitenden ihnen die alleinige Entscheidungsgewalt über die Betriebe aus der Hand nehmen.

## Was sie unter „unnötiger Bürokratie“ verstehen

Am 26. Mai sind bei der Explosion eines Tanks in einer Karton-Fabrik in Washington (USA) 11 Arbeiter getötet worden. Ihr Aufenthaltsraum lag direkt neben dem Tank, in dem 2,2 Millionen Liter hochexplosiver Flüssigkeit gelagert waren. Schon drei Jahre vorher hatte es dort einen gefährlichen Brand gegeben, doch nichts ist danach passiert. Nicht einmal Kontrollen durch die Behörden gab es. Kein Wunder, schließlich gibt es für 88.000 Arbeitsplätze nur einen Inspektor für Sicherheit und Arbeitsschutz.

Die Arbeiterklasse in den USA bezahlt dies mit 5.000 tödlichen Arbeitsunfällen pro Jahr. Im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße sind das 350% mehr als in Deutschland.

Und wenn es nach den Herrschenden geht, ist das auch unsere Zukunft. Schließlich hat die Regierung Merz angekündigt, all die „unnötigen Auflagen und Kontrollen“ für die Unternehmen abzuschaffen, nach dem Vorbild... der USA.

## Ist der Ruf erst einmal ruiniert...

Nachdem die FDP aus dem Bundestag geflogen ist, musste sich ihr Chef und ehemaliger Finanzminister Christian Lindner beruflich umorientieren. Aber was kann jemand, der sein Leben lang Berufspolitiker war? Ganz einfach: Er wird Manager: in Lindners Fall Vorstandsvorsitzender beim größten deutschen Autohandelskonzern „Autoland AG“.

Da kann er dann genau dasselbe tun, was auch Regierungspolitiker machen: Für die Kapitalisten die besten Bedingungen und Profite rausholen. Nur, dass er in seiner neuen Rolle nicht mehr so tun muss, als ginge es ihm dabei um das Allgemeinwohl.

## Kaputte Brücken: Wir bezahlen dreifach

Und die nächste kaputte Brücke! Diesmal hat es die Nordbrücke in Bonn getroffen. Die wichtige Ost-West-Verbindung über den Rhein, über die täglich bis zu 120.000 Autos fahren, ist nun für mindestens zwei Jahre komplett gesperrt.

Alle alternativen Wege sind seitdem hoffnungslos verstopft. Es ist ein täglicher Nervenkrieg. Und die zusätzlichen Kilometer und vor allem die viele zusätzliche Zeit, die man nun für den Arbeitsweg braucht, bezahlt den Arbeitenden natürlich niemand.

Die Unternehmer haben aus Kostengründen ihre Lager abgeschafft und den Gütertransport von der Schiene auf LKWs verlegt. Sie sind damit maßgeblich dafür verantwortlich, dass die Zahl der LKWs explodiert, wodurch die Brücken vorzeitig kaputt gehen. Doch statt dafür zu zahlen, haben sie obendrein angekündigt, die Kosten, die ihnen durch die gesperrte Brücke entstehen, auf die Preise umzulegen.

Das sind weitere Kosten, die wir als Endverbraucher tragen müssen, weil die Infrastruktur in den letzten Jahrzehnten kaputt gespart worden ist, um die Profite der Unternehmer über eben diese Jahrzehnte zu sichern.

### DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: [das-rote-tuch@gmx.de](mailto:das-rote-tuch@gmx.de)

Telefon: 0151-55570980

[www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org](http://www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org)